



Monatsinfo | Monthly Information

VIII | 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang Oktober sind die VAB-Mitglieder direkt und die interessierte Öffentlichkeit durch die Wirtschaftspresse informiert worden über die Wechsel im VAB-Vorstand: nach drei Jahren ist Silvia Schmitt-Walgenbach (Barclays) aus dem Vorstand ausgeschieden und hat den Vorstandsvorsitz an Burkhard Kübel-Sorger (J.P. Morgan) übergeben. Tobias Vogel (UBS) ist zum Stellvertretenden Vorsitzenden neben Guido Zoeller (Société Générale) gewählt worden. Das Team der Geschäftsstelle ist Silvia Schmitt-Walgenbach sehr dankbar für die Impulse, die sie dem VAB in einer durchaus schwierigen Zeit gegeben hat. Wir freuen uns nun auf die intensive Zusammenarbeit mit der neuen VAB-Spitze, um weiterhin die für unsere Mitglieder relevanten Themen aus Regulierung und Aufsicht aufzubereiten und voranzubringen.

Aus dem Kreis der Leser der VAB-Monatsinfo hat uns Feedback erreicht, dass die Form als pdf-Dokument mit vielen Seiten den Zugriff auf die jeweils interessierenden Inhalte erschwert, besonders wenn die Monatsinfo am Computer/Tablet gelesen wird. Um die Lesbarkeit und den Zugriff auf die Inhalte zu verbessern, werden wir ab der nächsten Ausgabe die VAB-Monatsinfo umgestalten:

- Im Inhaltsverzeichnis werden die Berichte verlinkt und können jeweils einzeln über die Links aufgerufen werden.
- Das Inhaltsverzeichnis wird themenorientiert aufgebaut, statt nach Herkunft der Regulierung.
- Über Schlagworte/Kurzbeschreibungen soll ein leichter Zugriff auf die interessierenden Themen ermöglicht werden.

Wir hoffen, dass die Monatsinfo damit einfacher zugänglich ist und freuen uns auf Ihr Feedback.

Ein Thema, das uns derzeit besonders bewegt, sind die Vorschläge der EBA für die Neuregulierung von Drittstaaten-Zweigstellen und zur „reverse solicitation“. Der VAB ist hierzu im Gespräch mit allen

Dear Readers,

At the beginning of October, VAB members directly and the interested public through the business press have been informed about the changes within the VAB Board: after three years, Silvia Schmitt-Walgenbach (Barclays) has left the board and handed over the chairmanship to Burkhard Kübel-Sorger (J.P. Morgan). Tobias Vogel (UBS) has been elected Deputy Chairman alongside Guido Zoeller (Société Générale). The VAB team is very grateful to Silvia Schmitt-Walgenbach for the impulses she gave the VAB in a quite difficult time. It is now looking forward to an intensive cooperation with the new VAB leadership in order to continue to process and advance the regulatory and supervisory topics relevant to our members.

We have received feedback from the readers of the VAB Monthly Info that the form of a pdf document with its many pages makes it difficult to access the respective contents of interest, especially when the Monthly Info is read on a computer/tablet. In order to improve readability and access to the content, we will redesign the VAB Monthly Information from the next issue onwards:

- The reports will be linked in the table of contents and can be accessed individually via the links.
- The table of contents will be structured by topic instead of by origin of the regulation
- Keywords/short descriptions will allow easier access to the topics of interest.

We hope that this makes the Monthly Info more easy to access and look forward to your feedback.

One topic that particularly concerns us at the moment is the EBA's proposals for the new regulation of third-country branches and for "reverse solicitation". The VAB is in dialogue with all relevant political

Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V. | Association of Foreign Banks in Germany

Verband internationaler Banken, Wertpapierinstitute und Asset Manager

Association of international banks, investment firms and asset managers

Weißfrauenstraße 12-16 | D-60311 Frankfurt am Main | ☎ +49 69 975850-0 | Fax +49 69 975850-10 | ✉ verband@vab.de

Verantwortlich für den Inhalt | Responsible for content:

Markus Erb | Wolfgang Vahldiek | Andreas Kastl | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer | Nina Weidinger

Redaktionsschluss | Editorial Deadline: 01/10/2021

English translations are convenience translations only.



relevanten politischen Stellen sowie den Aufsichtsbehörden, um die potentiellen Auswirkungen der Neuregulierung auf das Geschäft der Auslandsbanken, aber auch für die deutsche Wirtschaft zu erläutern und hier auf eine sinnvollere Ausgestaltung der geplanten Neuregulierung zu drängen. Wir werden Sie hierzu zeitnah auf dem Laufenden halten.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß mit unseren aktuellen Monatsinfos.

Mit besten Grüßen

Dr. Andreas Prechtel ✉

Geschäftsführer | Managing Director

bodies as well as the supervisory authorities to explain the potential impact of the new regulation on the business of foreign banks, but also on the German economy, and to push for a more sensible design of the planned new regulation. We will keep you up to date on this matter in due course.

Now I hope you enjoy our latest monthly information.

With best regards

Inhalt | Table of Content

Inhaltsverzeichnis

1. Unsere Veranstaltungen Our Events	5
2. Seminarkalender Seminar calendar	9
3. Aktuelles Update	11
Institutsvergütungsverordnung Remuneration Regulation for Institutions	11
3.1 Brüssel Brussels	12
Sanktionen durch Drittstaaten Sanctions by Third Countries	12
PRIIPs-Verordnung PRIIPs Regulation	13
Bevorzugung Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierung (DEBRA) Debt-equity bias reduction allowance (DEBRA)	14
3.2 Paris	15
Leerverkaufsverordnung Short Selling Regulation	15
Best Execution	15
3.3 Berlin	16
Elektronische Wertpapiere Electronic Securities	16
Kritische Infrastrukturen Critical Infrastructures	17
Verständigungs- und Schiedsverfahren Mutual Agreement and Arbitration Procedures	17
Elektronische Steuerbescheinigung Electronic Tax Certificate	18
Steuerliche Vorschriften Tax-relevant Provisions	18
Steuerliche Kurznachrichten Tax Newsflash	20
Kryptowertetransferverordnung Crypto Assets Transfer Regulation	20
3.4 Bonn	21
Organkredite Institutional Credits	21
3.5 Sonstiges Miscellaneous	21
Weitere regulatorische Entwicklungen Further regulatory developments	22
4. VAB Interna Association News	24
5. Drittveranstaltungen Other Events	25
Bekämpfung Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung AML/CFT	25

1. Unsere Veranstaltungen | Our Events

Online-Seminar

Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Neuerungen in 2021 mit Relevanz für Auslandsbanken

- Legislativvorschlag der EU-Kommission zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vom 20. Juli 2021
Olaf Rachstein | Bundesministerium der Finanzen (BMF)
- Gesetzliche Neuerungen im GwG und KWG durch TraFinG und FISG
Dr. Jens H. Kunz | Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB
- Neue Aufsichts- und Verwaltungspraxis über Monitoring und Datenverarbeitungssysteme
Dorit Schroeren und Ebru Aydur | Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Aufsichtserwartungen der Bundesbank im Bereich der Embargovorschriften und Finanzsanktionen
Dr. Alexander Cappel | Norton Rose Fulbright LLP
- Neue Aufsichts- und Verwaltungspraxis im Wertpapiergeschäft
Dr. Asmerom Ogbamichael | Ogbamichael Compliance Beratung

Referenten

Weitere Informationen zu unseren Referenten haben wir [hier](#) für Sie bereitgestellt.

Moderation

Andreas Kastl | Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

Montag, 25. Oktober 2021, 9:10 - 16:15 Uhr

Online-Veranstaltung

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern am Tag vor dem Seminar per Mail zugesandt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich. **Anmeldefrist: 22. Oktober 2021**

Compliance im Wertpapierhandel 2021

- Nationale und europäische Entwicklungen in der Institutsaufsicht
Dr. Chan-Jae Yoo und Dr. Thorsten Becker | Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
 - ESG-Kriterien im Rahmen von Product Governance, in der Geeignetheitsprüfung sowie
in Werbung und Prospekten
Dr. Jochen Seitz | Hogan Lovells
 - WpHG-Prüfungen aktuell
Lutz Knop | Deloitte
 - Mystery Shopping aus anwaltlicher Sicht
Dr. Christoph Schmitt | ADVANT Beiten
 - Retail Investment Strategy der EU-Kommission und Ausblick auf MiFID III
Dr. Alexander Behrens und Woldemar Häring | Allen & Overy LLP
 - PRIIPs und Fonds: Die geplanten Änderungen am Basisinformationsblatt
Philippe Lorenz | GSK Stockmann
-

Referenten

Weitere Informationen zu unseren Referenten haben wir [hier](#) für Sie bereitgestellt.

Moderation

Wolfgang Vahldiek | Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

Dienstag, 26.10.2021, 9:00 Uhr – 17:00 Uhr

Online-Veranstaltung

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern am Tag vor dem Seminar per Mail zugesandt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich. **Anmeldefrist: 24. Oktober 2021**



Aufzeichnung des Online-Seminars „Auslagerung und Auslagerungsmanagement“ vom 1. September 2021

Unser Seminar "Auslagerung und Auslagerungsmanagement - im Zeichen von FISG und MaRisk-Novelle" vom 1. September 2021 konnte aus terminlichen Gründen nicht von allen Interessenten live besucht werden. Wir haben deshalb die Video-Aufzeichnung des Seminars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (die Vorträge inklusive der Präsentationen).

Die Inhalte des Seminars:

Technologischer Fortschritt bis hin zu disruptiven Entwicklungen, allgemeiner Kosten- und Ertragsdruck im Niedrigzinsumfeld und fortschreitende internationale Arbeitsteilung führen dazu, dass das Outsourcing in den Auslandsbanken immer mehr an Bedeutung gewinnt. Der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden beobachten diese Entwicklung nicht nur, sondern begleiten sie mit einer stetigen Ausdifferenzierung des regulatorischen Rahmens. Jüngst trat das Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) in Kraft, nicht ohne eine schärfere Regulierung von Auslagerungen durchzusetzen. Außerdem erfolgte jüngst die Veröffentlichung der sechsten MaRisk-Novelle, die Änderungen in der Verwaltungspraxis und die EBA-Leitlinien zu Auslagerungen umsetzt. Die damit verbundenen zentralen Änderungen im Regulierungsrahmen für Auslagerungen sind Gegenstand dieses Seminars. Es richtet sich an Interessierte im Auslagerungsmanagement und -controlling, in Compliance und Interner Revision sowie im Bankaufsichtsrecht.

Folgende Vorträge sind für Sie abrufbar:

- Die sechste MaRisk-Novelle und das FISG aus Sicht der Wirtschaftsprüfung
Benedikt Sturm | KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Reporting: Auslagerungsregister und Anzeigepflichten
Thilo Kasprovicz | KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Aktuelle Entwicklungen bei Onboarding von Dienstleistern und Anpassung von Verträgen – insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen
Dr. Anna Izzo-Wagner und Till Christopher Otto | Annerton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
- Auslagerungscontrolling sowie 2nd and 3rd Line of Defence
Andreas Wenzel | GAR Gesellschaft für Aufsichtsrecht und Revision mbH
- Business Continuity und Umgang mit Notfällen
Dr. Sven Kleinknecht | Deloitte
- Auslagerung der Sorgfaltspflichten und Ausführung durch Dritte §§ 17, 6 Abs. 7 GwG
Olaf Bausch | BB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Bitte beachten Sie, dass der Erwerb bis zum 04.04.2021 möglich ist. Ab Buchung sind die Unterlagen und Aufzeichnungen einen Monat lang abrufbar. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!



Präsenz-Sitzung der VAB-Arbeitsgruppe

Steuern

Die neuen **Verwaltungsgrundsätze** Verrechnungspreise vom 14.07.2021 aus Sicht der Auslandsbanken

Den Vortrag werden **Herrn Dr. Oliver Busch** und **Herrn Maximilian Tenberge**, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, halten.

Die folgende Agenda ist vorgesehen:

- Überblick
- Grundsätze für die internationale Einkunftsabgrenzung nach dem Maßstab des Fremdvergleichs in den Regelungen des innerstaatlichen Rechts und der Doppelbesteuerungsabkommen
- Bedeutung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien für die Prüfung der grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen sowie Leitlinien (u.a. Risikokontrollansatz, DEMPE, Bewertungstechniken, low value-adding services)
- Neues **Merkblatt** vom 27.08.2021 zu den Verständigungsverfahren
- Update Joint Audit und DAC7
- Diskussion

Montag, 25. Oktober 2021 | 16:00 Uhr

PricewaterhouseCoopers GmbH, Sky Lounge, 48. Etage, Tower 185
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37 | 60327 Frankfurt am Main

Anmeldung 

bitte bis: 20.10.2021

In den Räumlichkeiten ist die Zahl der Teilnehmer begrenzt. Wir bitten daher um eine zügige Anmeldung, um an der Veranstaltung teilnehmen zu können. Bitte geben Sie bei der Anmeldung Ihren vollständigen Namen, das Institut und eine Telefonnummer an, unter der wir Sie erreichen können.

Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes (medizinische Maske oder FFP2-Maske) ist bei Betreten des Veranstaltungsgebäudes und während der gesamten Veranstaltung grundsätzlich verpflichtend. Lediglich nach Einnahme des Sitzplatzes darf der Mund-Nasen-Schutz abgenommen werden. Bitte bringen Sie eine entsprechende Maske zur Veranstaltung mit.

2. Seminarkalender | Seminar calendar

Quartal IV 2021 | Q-4 2021

In Planung:

Sustainable Finance und ESG (November 2021, Online-Seminar)	Vormerkung
Rechnungslegung und Bilanzierung (Q4 2021, Online-Seminar)	Vormerkung
IT-Regulierung (Q4 2021, Online-Seminar)	Vormerkung
Datenschutz (Q4 2021, Online-Seminar)	Vormerkung
Unternehmens-Compliance für Auslandsbanken (Q4 2021, Online-Seminar)	Vormerkung
Bankenaufsicht 2021 (Q4 2021, Frankfurt a.M. oder als Online-Seminar)	Vormerkung
Betriebsprüfersymposium (Dezember 2021, Frankfurt a.M.)	Vormerkung



Aktuelle Inhouse-Schulungen

▪ Geldwäsche und Finanzsanktionen

- Gesetzliche und regulatorische Anforderungen sowie mögliche aufsichtsrechtliche Sanktionen
- Organisation und Dokumentation der Geldwäschebekämpfung mit Fallbeispielen
- Embargo und Finanzsanktionen
- Pflichten nach der Geldtransfer-Verordnung
- Steuerliche KYC-Anforderungen (Kontenwahrheit, CRS, FATCA)

▪ Banking in Germany (in English, for expatriates and board members)

- Overview of the German and European financial system
- Supervisory authorities, deposit insurance and audits
- Summary of legal and supervisory requirements and their implementation
- Basic knowledge on anti-money laundering
- Handling data and data protection

Die Inhouse-Schulungen sind auf Deutsch und auf Englisch buchbar.

Der Schulungsinhalt wird individuell auf Geschäftsmodelle und zu schulende Mitarbeiter abgestimmt.

Bei Interesse an der Inhouse-Schulung sprechen Sie uns bitte direkt an
Telefon: +49 69 975 850 0, verband@vab.de

Institutsvergütungsverordnung | Remuneration Regulation for Institutions

Änderungen der IVV in Kraft getreten | Amendments to the IVV enter into force

Am 25. September 2021 ist die **Dritte Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung (IVV)** in Kraft getreten, mit der hauptsächlich die Anforderungen der **CRD V** (Richtlinie (EU) 2019/878) und die des daraus resultierenden Risikoreduzierungsgesetzes umgesetzt werden.

Im Wesentlichen handelt es sich um die folgenden Änderungen in der IVV:

- Anpassung der Regelungen der von kleinen, nicht komplexen Instituten einzuhaltenden Vergütungsvorschriften unter dem Gesichtspunkt der Proportionalität (vgl. § 1 Abs. 3 IVV);
- Konkretisierung, bis zu welcher Höhe eine variable Vergütung erleichterten Anforderungen unterliegt (vgl. § 18 Abs. 1 IVV);
- Aufnahme des Grundsatzes der geschlechtsneutralen Vergütungspolitik (vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 6 IVV);
- Anpassung der Vorgaben zur Identifizierung von Risikoträgern (vgl. insbesondere § 2 Abs. 8 S. 1 und § 18 Abs. 1 IVV).

On 25 September 2021, the **Third Regulation amending the Remuneration Regulation for Institutions (IVV)** entered into force, which mainly implements the requirements of **CRD V** (Directive (EU) 2019/878) and those of the resulting German Risk Reduction Act.

The main changes to the IVV are as follows:

- Adaptation of the rules on remuneration to be complied with by small, non-complex institutions from the point of view of proportionality (see § 1 para. 3 IVV);
- Concretizing the level up to which variable remuneration is subject to simplified requirements (see § 18 para. 1 IVV);
- Inclusion of the principle of gender-neutral remuneration policy (see § 5 para. 1 no. 6 IVV);
- Adaptation of the requirements for identifying risk takers (see especially § 2 para. 8 sentence 1 and § 18 para. 1 IVV).



Dr. Mélanie Liebert

Sanktionen durch Drittstaaten | Sanctions by Third Countries

Konsultation zur Änderung des Blockade-Statuts der EU | Consultation on the amendment of the EU Blocking Statute

Am 10. September 2021 leitete die Europäische Kommission eine öffentliche **Konsultation** zu möglichen Änderungen des Blockade-Statuts der Europäischen Union (**Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates**) ein, das die Marktbeteiligten in der EU vor der extraterritorialen Anwendung von Rechtsvorschriften aus Drittländern schützen soll.

Um europäische Individuen, Organisationen und Unternehmen vor der Einwirkung von Drittstaaten mittels Sanktionen oder anderer Ordnungsmaßnahmen zu schützen, legen die Blocking Statutes fest,

- dass Compliance mit solchen Drittstaaten Sanktionen verboten ist, wenn sie nicht ausdrücklich erlaubt wird,
- dass jedes nicht-EU Urteil oder jede administrative Entscheidung, die auf einem solchen beruht, keinen Effekt hat und
- dass EU-Marktteilnehmer Schadensersatzzahlungen, die daraus resultieren, ersetzt bekommen können.

In Vorbereitung auf mögliche Änderungen und Aktualisierungen hat die Kommission nun einen Online-Fragebogen veröffentlicht. Dieser fragt neben der persönlichen Betroffenheit und der Erfahrung mit dem Blockadestatut seit dessen Einführung im Jahr 1996 auch ab, wie extraterritorialen Sanktionen besser entgegengewirkt, und wie Anwendung und bürokratischer Aufwand der bisherigen Statuten optimiert werden könnte.

Die Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 4. November 2021 nur über das Umfrageportal der EU möglich. Wenn Sie uns Ihre Meinung zukommen lassen möchten, bitten wir Sie, dies bis zum 26. Oktober 2021 zu tun. Das Konsultationsdokument ist zusätzlich als **PDF** einsehbar.

On 10 September 2021, the European Commission launched a public **consultation** on possible amendments to the European Union's blocking statute (**Council Regulation (EC) No 2271/96**), the purpose of which is to protect EU operators from the extra-territorial application of third country laws.

In order to protect European individuals, organizations and companies from the interference of third countries by means of sanctions or other regulatory measures, the blocking statute stipulates,

- that compliance with specific third country sanctions is prohibited, unless explicitly authorized,
- that any non-EU court ruling or administrative decision based on such a ruling has no legal effect and
- that EU operators may recover any in court damages incurred as a result of those extra-territorial sanctions.

In preparation for possible changes and updates, the Commission has published an online questionnaire. In addition to personal impact and experience with the blocking statute since its introduction in 1996, the questionnaire also seeks feedback on how extra-territorial sanctions could be better counteracted and how the application and bureaucratic burden of the existing statutes could be optimized.

Participation in the consultation is possible until 4 November 2021 only via the EU survey website. If you would like to send us your opinion, please do so by 26 October 2021. The consultation document can also be viewed as a **PDF**.



Wolfgang Vahldiek | Richard Aron Schauer

PRIIPs-Verordnung | PRIIPs Regulation

EU-Kommission veröffentlicht überarbeitete PRIIPs-RTS | EU Commission published revised PRIIPs RTS

Am 7. September 2021 hat die Europäische Kommission den überarbeiteten **Entwurf einer delegierten Verordnung** zur Änderung der in der **Delegierten Verordnung (EU) 2017/653** festgelegten technischen Regulierungsstandards zur **PRIIPs-Verordnung** (Verordnung (EU) Nr. 1286/2014) (**Entwurf**) gemeinsam mit **acht Anhängen** (zusammen die „**Entwürfe**“) veröffentlicht.

Inhaltlich enthält der Entwurf die folgenden Neuerungen:

- Aufnahme neuer Methoden für die Berechnung geeigneter Performance-Szenarien und Überarbeitung der Darstellung dieser Szenarien;
- Überarbeitung der Gesamtkostenindikatoren und Änderungen des Inhalts und der Darstellung der Informationen über die Kosten der PRIIP;
- Änderung der Methodik für die Berechnung von Transaktionskosten;
- Änderung der Vorschriften für PRIIP mit verschiedenen Anlageoptionen.

Mit dem Entwurf werden auch technische Regulierungsstandards für Informationen über frühere Wertentwicklungen festgelegt, die von bestimmten Arten von OGAW, AIFs für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukten bereitzustellen sind. In dem Sinne **geht der Entwurf mit den Änderungen der OGAW-Richtlinie (Richtlinie 2009/65/EG) einher**, um zu vermeiden, dass Anleger ab dem 1. Juli 2022 zwei vorvertragliche Dokumente erhalten, nämlich die Basisinformationsblätter für PRIIPs (*PRIIPs KIDs*) und die in der OGAW-Richtlinie vorgeschriebenen „wesentlichen Informationen für den Anleger“. Zu diesem Zweck wird klargestellt, dass die Anforderungen an die „wesentlichen Informationen für den Anleger“ gemäß der OGAW-Richtlinie erfüllt sind, wenn OGAW bereits Basisinformationsblätter erstellen, bereitstellen, überarbeiten und übersetzen. Der VAB hat hierzu bereits gesondert **berichtet**. Des Weiteren ist der **Entwurf im Zusammenhang mit der PRIIPs-Verordnung zu sehen**, d.h. der Entwurf enthält eine Übergangsregelung, die mit der verlängerten Übergangsregelung nach der PRIIPs-Verordnung im Einklang steht. Vor diesem Hintergrund soll der Entwurf erst ab dem 1. Juli 2022 gelten.

On 7 September 2021, the European Commission published the **revised draft Delegated Regulation** amending the regulatory technical standards on the **PRIIPs Regulation** (Regulation (EU) No 1286/2014) set out in **Delegated Regulation (EU) 2017/653 (draft)** together with **eight annexes** (together the "drafts").

The draft includes the following innovation:

- Introduction of new methodologies underpinning the calculation of appropriate performance scenarios and a revised presentation of these scenarios;
- Revision of summary cost indicators and changes to the content and presentation of information on the costs of PRIIPs;
- Modification of methodology underpinning the calculation of transaction costs;
- Modification of rules for PRIIPs that offer a range of options for investment.

The draft lays down regulatory technical standards for information on past performance, which is to be provided by certain types of UCITS, retail AIFs and insurance-based investment products. In this respect, the **draft is accompanied by amendments to the UCITS Directive (Directive 2009/65/EC)** to avoid that investors receive two pre-contractual documents from 1 July 2022, namely the key information documents for PRIIPs (PRIIPs KIDs) and the "key investor information" required by the UCITS Directive. To this end, it is clarified that the "key investor information" requirements under the UCITS Directive are met if UCITS already prepare, provide, revise and translate key information documents. The VAB has already **reported** separately on this. Furthermore, the **draft should be seen in the context of the PRIIPs Regulation**, i.e., the draft includes a transitional regime that is consistent with the extended transitional regime under the PRIIPs Regulation. Against this background, the draft should only apply from 1 July 2022.

Die Entwürfe müssen nun noch vom Europäischen Parlament und Rat angenommen werden. Größere inhaltliche Veränderungen sind hierbei allerdings nicht zu erwarten.

The drafts must now be adopted by the European Parliament and the Council. However, no major changes in content are to be expected.



Dr. Mélanie Liebert

Bevorzugung Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierung (DEBRA) | Debt-equity bias reduction allowance (DEBRA)

Öffentliche Konsultation der EU-Kommission | Public Consultation of the EU Commission

Die EU-Kommission hat eine bis zum 7. Oktober 2021 laufende öffentliche **Konsultation** zum Freibetrag als Anreiz gegen eine Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung (DEBRA) gestartet.

Die Initiative zur Einführung eines Systems von Freibeträgen für die Eigenkapitalfinanzierung von Unternehmen, das der steuerbedingten Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung von Unternehmen („debt equity bias“) entgegenwirken soll, ist für beide Interessenträger aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor relevant.

Ziel der Konsultation ist es, die Ansichten und Stellungnahmen zu der steuerbedingten Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung und der möglichen Lösungen für dieses Problem einzuholen. Dazu sollen im Rahmen der Konsultationsinformationen und Erkenntnissen über die Existenz und das Ausmaß der Verschuldung aufgrund der steuerbedingten Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung und über die potenziellen Auswirkungen der politischen Optionen gesammelt werden. Außerdem sollen Stellungnahmen zu Vorschriften zur Missbrauchsbekämpfung im Zusammenhang mit der Maßnahme eingeholt werden.

Im Zuge der Konsultation sollen Informationen betreffend die Definition von Eigenkapital, die Gründe für die Verschuldung von EU-Unternehmen, mögliche Lösungen zur „Reparatur“ der steuerbedingten Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung sowie die entsprechenden Höhe des fiktiven Zinssatzes für einen Eigenkapitalfreibetrag oder die Notwendigkeit eines höheren Satzes für KMU gesammelt werden.

The European Commission has launched a public **consultation** on the Debt-equity bias reduction allowance (DEBRA), which will run until 7 October 2021.

The initiative to introduce an allowance system for equity financing to mitigate the debt-equity bias induced by taxation is relevant for stakeholder from the private sector as well as from the public sector.

The objective of the consultation is to collect views and opinions on the perception of the tax induced debt-equity bias and the possible solutions to tackle it. To this aim, the consultation will gather information and knowledge on the existence and magnitude of indebtedness due to the tax debt bias and potential impacts of the policy options.

Furthermore, it aims to gather views on appropriate anti-abuse rules linked to the measure.

The information gathered through the consultation will comprise the definition of equity, the reasons for indebtedness of EU companies, possible solutions to address the tax induced debt-equity bias, the appropriate level of the notional interest rate for an allowance on equity, or the need for a higher rate for SMEs.



Markus Erb

Leerverkaufsverordnung | Short Selling Regulation

ESMA konsultiert zu möglichen Änderungen | ESMA consults on possible amendments

Am 27. September 2021 veröffentlichte ESMA ein **Konsultationspapier** zur Überarbeitung der Leerverkaufsverordnung (SSR).

Das Konsultationspapier stellt Vorschläge für operationelle Verbesserungen und Erklärungen hinsichtlich der folgenden Punkte vor:

- Berechnung von Nettoshortpositionen
- Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und die Locate rule, unter der Leerverkäufe erlaubt sind
- Transparenz von Leerverkaufspositionen
- Ein Vorschlag zur Veröffentlichung aggregierter Nettoleerverkaufspositionen pro Emittent auf Basis aller Einzelpositionen
- Reichweite von Ausnahmen für Aktien, die häufiger in Drittstaaten gehandelt werden
- Einführung von zentralisierten Meldungen und eines Veröffentlichungssystems, um ESMA's Überwachungs- und Koordinierungsmöglichkeiten auf EU-Ebene zu stärken.

Die Konsultation läuft bis zum 19. November 2021.



Wolfgang Vahldiek

On 27 September 2021, ESMA launched a **consultation paper** on the review of the Short Selling Regulation (SSR).

The consultation paper sets out suggestions for operational improvements and clarifications on the following:

- the calculation of net short positions
- the prohibition of uncovered short selling and the locate rule under which short selling trades can take place
- the mechanism for transparency of net short positions
- a proposal to publish aggregated net short positions per issuer based on all individual positions
- the scope of the exemptions for shares that are more heavily traded in a third country
- the introduction of a centralised notification and publication system to foster ESMA's monitoring capacity and coordination powers at EU level.

The consultation is open until 19 November 2021.

Best Execution

ESMA konsultiert Vorschläge für das Best Execution Reporting | ESMA consults on proposals for best execution reporting

Am 24. September 2021 begann die ESMA eine **Konsultation** von Vorschlägen für Verbesserungen des MiFID II-Rahmens für Best Execution-Berichte.

ESMA's Vorschläge beinhalten technische Änderungen an den Berichtspflichten für Handelsplätze, die die Vereinfachung der Berichtspflichten bezwecken, indem sie die Granularität und das Volumen der zu berichtenden Daten reduzieren. Um den Instituten zu helfen, die Ausführungsqualität der Handelsplätze zu beurteilen, schlägt ESMA ein Set von sieben Indikatoren vor.

Darüber hinaus diskutiert ESMA die Berichtspflichten für Institute, speziell mit Blick auf die „Klärung“ von Anforderungen an solche Institute, die Kundenorders oder Anlageentscheidungen an Dritte zur Ausführung weiterleiten. Auf

On 24 September 2021, ESMA launched a **consultation** on proposals for improvements to the MiFID II framework on best execution reports.

ESMA's proposals include technical changes to the reporting obligations for execution venues which are aimed at simplifying the reporting requirements by reducing the granularity and volume of data to be reported. To help institutions assess the venues' execution quality, ESMA proposes to move to a set of seven indicators.

Moreover, ESMA discusses the reporting requirements for institutions, focusing mainly on "clarifying" the requirements for firms that transmit client orders or decisions to deal to third parties for execution. In essence, ESMA proposes a way

den Punkt gebracht, schlägt ESMA ein deutlich komplizierteres und detaillierteres Regime für Anlagevermittlung und Portfolioverwaltung vor, das schwierig einzuhalten und für Kunden sehr schwer verständlich sein wird.

Die Konsultation läuft bis zum 23. Dezember 2021. Wir nehmen Anmerkungen der Mitglieder gerne auf (Frist: 17.12.2021).

more complicated and detailed regime for RTO and portfolio management services, which will be hard to fulfil and extremely difficult for clients to understand.

The consultation is invited to provide their responses by 23 December 2021. We are happy to receive our members' comments (deadline: 17.12.2021).



Wolfgang Vahldiek

3.3 Berlin

Elektronische Wertpapiere | Electronic Securities

Entwurf einer Verordnung über Kryptofondsanteile | Draft ordinance on crypto fund units

Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz haben einen gemeinsamen **Referentenentwurf** für eine Verordnung über Kryptofondsanteile (KryptoFAV) zur Konsultation gestellt.

Der Verordnungsentwurf erklärt die in § 95 Absatz 5 KAGB genannten Vorschriften des Gesetzes über elektronische Wertpapiere (eWpG) nun auch auf elektronische Fondsanteile für anwendbar.

Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, dass Anteile an Sondervermögen als Kryptofondsanteile begeben werden können. Neben der bereits erlaubten elektronischen Begebung wird dadurch neuen kryptografischen Verfahren der Weg bereitet.

Um zu gewährleisten, dass Verwahrstellen dabei ihren Aufgaben gemäß der §§ 68 ff. und 80 ff. KAGB gegenüber den Anlegern nachkommen können, kann ausschließlich die Verwahrstelle des jeweiligen Investmentfonds die registerführende Stelle dieser Kryptofondsanteile sein.

The Federal Ministry of Finance and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection have published a joint **draft bill** for an Ordinance on crypto fund units (KryptoFAV) for consultation.

The draft ordinance declares the provisions of the Electronic Securities Act (eWpG) mentioned in § 95 para. 5 KAGB to be now also applicable to electronic fund units.

This creates the possibility that investment fund units can be issued as crypto fund units. In addition to the already permitted electronic issuance, this paves the way for new cryptographic methods.

In order to ensure that depositaries can fulfil their duties in accordance with §§ 68 et seq. and 80 et seq. KAGB towards investors, only the depositary of the respective investment fund can operate the register in which these crypto fund units are held.



Wolfgang Vahldiek | Richard Aron Schauer

Kritische Infrastrukturen | Critical Infrastructures

Veröffentlichung der geänderten BSI-Kritisverordnung | Publication of the amended BSI Criticality Regulation

Die überarbeitete Fassung der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV) ist am 14. September 2021 im **Bundesgesetzblatt** veröffentlicht worden. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hatte am 26. April 2021 den **Entwurf** Änderung der BSI-KritisV veröffentlicht. Der Verband hatte im Rahmen der öffentlichen Konsultation eine **Stellungnahme** vom 17. Mai 2021 an das BMI abgegeben.

Ab dem Inkrafttreten der neuen Verordnung am 1. Januar 2022 wird der Anlagenbegriff auch Software und IT-Dienste umfassen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BSI-KritisV). Im Sektor Finanz- und Versicherungswesen wird die kritische Dienstleistung im Sinne des § 10 Abs. 1 S. 1 des BSI-Gesetzes der Verrechnung und die Abwicklung von Wertpapier- und Derivatgeschäften um den Handel erweitert, § 7 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 5 BSI-KritisV. In Anlage 6 der Verordnung werden entsprechende Schwellenwerten für die Feststellung der Betreibereigenschaft von Anlagen der kritischen Infrastruktur aufgenommen. Gemäß Anlage 6 Teil 1 Nr. 4 der Verordnung hat jeder potentielle Betreiber von Anlagen der kritischen Infrastruktur den Versorgungsgrad seiner Anlage für das jeweils zurückliegende Kalenderjahr jeweils bis zum 31. März des Folgejahres zu ermitteln.

The revised version of the Regulation on the Designation of Critical Infrastructures under the BSI Act (BSI-KritisV) has been published in the **Federal Law Gazette** of 14 September 2021. On 26 April 2021, the Federal Ministry of the Interior, for Construction and Home Affairs (BMI) had published the **draft** amending the BSI-KritisV. The Association had submitted a **position paper** dated 17 May 2021 to the BMI in the course of the public consultation.

As of the entry into force of the new regulation on 1 January 2022, the definition of installations will also include software and IT services (§ 1 para. 1 no. 3 BSI-KritisV). And in the financial and insurance sector, the critical service within the meaning of sec. 10 para. 1 sent. 1 of the BSI Act of clearing and settlement of securities and derivatives transactions will be expanded to include trading, sec. 7 para. 1 no. 4 and para. 5 BSI-KritisV. In Annex 6 of the regulation, respective threshold values for determining the operator status of critical infrastructure facilities are amended. According to Annex 6, Part 1, No. 4 of the Regulation, every potential operator of critical infrastructure installation must determine the supply level of its installation for the respective previous calendar year by 31 March of the following year.



Andreas Kastl

Verständigungs- und Schiedsverfahren | Mutual Agreement and Arbitration Procedures

Merkblatt im August veröffentlicht | Decree published in August

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat mit BMF-Schreiben vom 27. August 2021 sein „**Merkblatt** zu internationalen Verständigungs- und Schiedsverfahren (Streitbeilegungsverfahren) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen“ aktualisiert.

Das Merkblatt enthält neben allgemeinen Ausführungen zu internationalen Streitbeilegungs- und Verständigungsverfahren auch Aussagen zu Streitbeilegungsverfahren nach DBA, der EU-Schiedskonvention und nach dem EU-DBA-Streitbeilegungsgesetz.

The Federal Ministry of Finance updated its “**Decree** on International Mutual Agreement and Arbitration Procedures (Dispute Settlement Procedures) in the Field of Taxes on Income and Capital” in a letter dated 27 August 2021.

In addition to general information on international dispute resolution and mutual agreement procedures, the information sheet also contains statements on dispute resolution procedures under Double Tax Agreement (DTA), the EU Arbitration Convention and the EU DTA Dispute Settlement Act.

Es tritt an die Stelle des „Merkblattes zum internationalen Verständigungs- und Schiedsverfahren auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen“ vom 9. Oktober 2018 und hebt dieses somit auf.

It replaces the “Decree on International Mutual Agreement and Arbitration Proceedings in the Field of Taxes on Income and on Capital” of 9 October 2018 and thus supersedes it.



Markus Erb

Elektronische Steuerbescheinigung | Electronic Tax Certificate

BZSt User Group im November | FCTO User Group in November

Das **Gesetz** zur Modernisierung der Entlastung von Abzugsteuern und der Bescheinigung der Kapitalertragsteuer (Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – AbzStEntModG) vom 2. Juni 2021 wurde am 8. Juni 2021 verkündet.

Das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) beabsichtigt nun, am 4. November 2021 die erste User Group zur Umsetzung des Mitteilungsverfahrens Kapitalertragsteuer auf Dividenden (MiKaDiv) - §§ 45b, 45c EStG - durchzuführen. Der Verband wird daran teilnehmen.

Es ist geplant, das Forum als Online-Veranstaltung mit folgenden Blöcken abzuhalten:

- Allgemeine fachliche Fragen, Verfahrenszugang
- Meldeverfahren Kreditwirtschaft (§§ 45b EStG und 45c EStG)
- Aktiengesellschaften (§ 45b Abs. 9 EStG)
- Zeitplan, Testverfahren, FAQs und Sonstiges

Der Verband hat eine umfangreiche **Eingabe** mit Anregungen und Fragen dem Bundeszentralamt für Steuern und dem BMF am 30. September 2021 eingereicht. Von Mitgliederseite können weiterhin Aspekte diesbezüglich dem Verband zur Verfügung gestellt werden.

The **Act** to Modernise the Relief from Withholding Tax and the Certification of Withholding Tax (Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz - AbzStEntModG) of 2 June 2021 was promulgated on 8 June 2021.

The Federal Central Tax Office (BZSt) intends to hold the first user group for the implementation of the notification procedure for capital gains tax on dividends (MiKaDiv) according to §§ 45b, 45c Income Tax Act on 4 November 2021. The Association will participate.

It is planned to hold the forum as an online event with the following blocks:

- General technical questions, access to procedures
- Reporting procedure for the banking industry (§§ 45b and 45c Income Tax Act)
- Corporations (§ 45b para. 9 Income Tax Act)
- Time table, test procedure, FAQs and miscellaneous

The Association submitted a comprehensive **position paper** with suggestions and questions to the Federal Central Tax Office and the Federal Ministry of Finance on 30 September 2021. Members can continue to provide the Association with aspects in this regard.



Markus Erb

Steuerliche Vorschriften | Tax-relevant Provisions

Kürzlich veröffentlichte Schreiben | Recently Published Decrees

Die folgenden wichtigen Schreiben und Informationen im Steuerrecht sind ergangen:

The following important tax-relevant decrees and information were recently published:

- **Information** des BMF vom 27. September 2021 zu der Steuerlichen Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassenden Auslandsreisen ab 1. Januar 2022,
- **Verständigungsvereinbarung** vom 20. September 2021 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg vom 7. Oktober 2020 zur Besteuerung von Grenzpendlern; Absprache zur Fortgeltung der Verständigungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2021,
- **BMF-Schreiben** vom 20. September 2021 zu dem Vordruck für die Anmeldung der Kapitalertragsteuer /Anmeldung nach § 36a Abs. 4 Satz 1 EStG/§ 31 Abs. 3 Satz 5 InvStG; endgültiger Vordruck und Merkblatt 2022 (KapSt 2022),
- **BMF-Schreiben** vom 17. September 2021 zur Festsetzung von Zinsen nach §§ 231 bis 237 in Verbindung mit § 238 Abs. 1 Satz 1 Abgabenordnung (AO); Vorläufige Festsetzung (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nummer 2 AO) und Aussetzung der Festsetzung von Nachzahlungs- und Erstattungszinsen nach § 233a AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2019 (§ 165 Abs. 1 Satz 4 in Verbindung mit Satz 2 Nummer 2 AO); Aussetzung der Vollziehung und Ruhen von Rechtsbehelfsverfahren,
- **BMF-Schreiben** vom 30. August 2021 zu den Vordrucken zur Abgabe der Einkommensteuererklärung für beschränkt und unbeschränkt steuerpflichtige Personen; Vordrucke für den Veranlagungszeitraum 2021,
- **BMF-Schreiben** vom 30. August 2021 zu den Vordrucken zur Abgabe der Erklärungen zur gesonderten (und einheitlichen) Feststellung von Grundlagen für die Einkommensbesteuerung.
- **Information** by the Federal Ministry of Finance dated 27 September 2021 on the tax treatment of travel expenses and travel expense reimbursements for business and work-related trips abroad from 1 January 2022,
- **Mutual agreement** of 20 September 2021 between the Federal Republic of Germany and Luxembourg of 7 October 2020 on the taxation of cross-border commuters; agreement on the continued validity of the mutual agreement until 31 December 2021,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 20 September 2021 on the form for the withholding tax self-assessment return/self-assessment return in accordance with § 36a para. 4 sentence 1 Income Tax Act/§ 31 para. 3 sentence 5 Investment Tax Act; final form and information sheet 2022 (withholding tax 2022),
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 17 September 2021 on the assessment of interest under §§ 231 to 237 in conjunction with § 238 para. 1 sentence 1 Fiscal Code; provisional assessment (§ 165 para. 1 sentence 2 number 2 Fiscal Code) and suspension of the assessment of interest on arrears and refunds under § 233a Fiscal Code for interest periods from 1 January 2019 (§ 165 para. 1 sentence 4 in conjunction with sentence 2 number 2 Fiscal Code); suspension of enforcement and suspension of appeal proceedings,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 30 August 2021 on the forms for filing income tax return for persons with limited and unlimited tax liability; forms for the 2021 assessment period,
- **Decree** by the Federal Ministry of Finance of 30 August 2021 on the forms for submitting the returns for the separate (and uniform) determination of bases for income taxation.

Bitte beachten Sie auch die regelmäßig veröffentlichten **Newsletter** und Informationen des BZSt, z. B. zu der Digitale Lohnschnittstelle, CbCR, CRS, DAC 6, FATCA und Umsatzsteuerkontrollverfahren (UStKV).

Please also note the regularly published **newsletters** and information from the Federal Central Tax Office, e.g. on the digital wage interface, CbCR, CRS, DAC 6, FATCA and VAT control procedure.



Markus Erb

Steuerliche Kurznachrichten | Tax Newsflash

Kurz notiert | Briefly noted

Die folgenden interessanten Steuernachrichten gibt es:

- Nach der im Juli 2021 erzielten grundsätzlichen Einigung des OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS zur **Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft** wurde vereinbart, bis Mitte Oktober 2021 eine Verständigung über ein umfassendes Abkommen zu erzielen.
- Der im September 2021 im U.S. Repräsentantenhaus zirkulierte Gesetzesentwurf für die geplante **Steuerreform der Biden-Administration** enthält auch Änderungen der international diskutierten Vorschriften zur BEAT sowie zum GILTI und FDII.
- Die Europäische Kommission hat ihre Pläne für eine europäische Digitalabgabe „auf Eis gelegt“.
- In den Monaten Januar bis August 2021 stieg das **deutsche Steueraufkommen** laut **BMF** insgesamt (ohne Gemeindesteuern) um 7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern stiegen dabei um 9,6 %; das Aufkommen der Bundessteuern sank um 8 %. Die Ländersteuern verzeichneten einen Einnahmezuwachs um 12,6 %.
- Bei der effektiven **Durchschnittssteuerbelastung hoch qualifizierter Arbeitnehmer** (Standardfall alleinstehende Person ohne Kinder mit einem Nachsteuer-einkommen von 100.000 €) liegt Deutschland mit Frankfurt 2020 vor Luxemburg, Paris, London, Amsterdam und Dublin (**BAK Taxation Index**).

There are the following interesting tax news:

- Following the agreement in principle reached in July 2021 of the OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS on the **taxation of the digitized economy**, it was agreed to reach an understanding on a comprehensive agreement by mid-October 2021.
- The bill circulated in the U.S. House of Representatives in September 2021 for the **Biden administration's planned tax reform** also includes changes to the internationally discussed provisions on BEAT as well as GILTI and FDII.
- The European Commission has put its plans for a European **digital levy** "on hold".
- In the months of January to August 2021, **German tax revenue** rose by 7 % overall (excluding municipal taxes) compared to the same period last year, according to the **Federal Ministry of Finance**. Revenues from common taxes rose by 9.6 %; federal tax revenues fell by 8 %. The federal states taxes recorded a revenue increase of 12.6 %.
- In terms of the effective average **tax burden on highly qualified employees** (standard case single person without children with an after-tax income of €100,000), Germany and Frankfurt is ahead of Luxembourg, Paris, London, Amsterdam and Dublin in 2020 (**BAK Taxation Index**).



Markus Erb

Kryptowertetransferverordnung | Crypto Assets Transfer Regulation

Deutsche Transferverordnung veröffentlicht | German transfer regulation published

Im **Bundesgesetzblatt** vom 29. September 2021 wurde die Verordnung über verstärkte Sorgfaltspflichten bei dem Transfer von Kryptowerten (Kryptowertetransferverordnung) veröffentlicht. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hatte am 26. Mai 2021 den **Referentenentwurf** dieser Verordnung vorgestellt (siehe **VAB-Bericht** vom 28. Mai 2021), zu dem der VAB eine **Stellungnahme** vom 14. Juni 2021 abgegeben hatte.

In the **Federal Law Gazette** of 29 September 2021, the regulation on enhanced due diligence measures for the transfer of crypto assets (Crypto Asset Transfer Regulation) has been published. On 26 May 2021, the Federal Ministry of Finance (BMF) had presented the **draft for this regulation** (cf. **VAB report** dated 28 May 2021), to which the Association had submitted a **position paper** of 14 June 2021 to the Ministry of Finance.

Die finale Verordnung tritt bereits am 1. Oktober 2021 in Kraft. Im Referentenentwurf war noch ein Inkrafttreten zwei Monate nach Verkündung vorgesehen gewesen. Betroffene Verpflichtete können eine nicht mögliche Einhaltung bis zum 30. November 2021 bei der BaFin anzeigen.

In der oben genannten Stellungnahme hatte sich der Verband gegen den Erlass einer nationalen Verordnung und stattdessen für eine Erweiterung der europäischen Geldtransferverordnung (GTVVO) ausgesprochen. Da der europäische Gesetzgeber im Rahmen des am 20. Juli 2021 vorgestellten AML-Pakets auch einen solchen **Entwurf einer Neufassung der Geldtransferverordnung** vorstellte, der den Transfer von Krypto-Vermögenswerten künftig umfassen und bereits 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt anzuwenden sein soll (siehe **VAB-Bericht** vom 6. August 2021), ist ein Außerkrafttreten der nun veröffentlichten deutschen Verordnung ab diesem Zeitpunkt vorgesehen.

The final regulation enters into force already on 1 October 2021. In contrast, the ministerial draft contained an implementation period of two months after publication. However, affected obliged parties may apply for a non-objection period by notifying BaFin until 30 November 2021.

In the above-mentioned position paper, the association had argued against the enactment of a national regulation and instead for an extension of the European Funds Transfer Regulation (FTR). And since the European legislator also presented as part of its AML package presented on 20 July 2021 exactly such a **draft of an amended version of the Funds Transfer Regulation**, which shall include the transfer of crypto assets and shall be applicable already 20 days after publication in the Official Journal (cf. **VAB report** of 6 August 2021), an expiry of the now published German regulation is envisaged as of this date.



Andreas Kastl

3.4 Bonn

Organkredite | Institutional Credits

BaFin erstellt FAQ und Leitlinie zur Umsetzung | BaFin prepared FAQ and guidance on the implementation

Mit Schreiben vom 14. September 2021 hat die BaFin den Verbänden drei Dokumente zur Umsetzung der neuen Anforderungen an Organkredite unter § 15 KWG zugeleitet. Diese hatten sich mit dem Risikoreduzierungsgesetz (RiG) geändert, woraufhin die Verbände über die DK zahlreiche Fragen an die BaFin gegeben hatten.

Der Kern der Erläuterungen ist in einem **Fragen und Antworten-Papier** enthalten. Darin werden unter anderem die folgenden Themen angesprochen:

- Klarstellung der maßgeblichen Verwandtschaftsverhältnisse und Umfang der relevanten Daten. Der Begriff des „Gesellschafters“ in § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KWG umfasst nur natürliche Personen. Personendaten der Eltern und volljährigen Kinder von Organen des Institutes nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KWG sollen durch Befragung der Organe erhoben werden.

With a letter dated 14 September 2021, BaFin has informed the industry associations on three documents implementing the new requirements on institutional credits under § 15 KWG. These had changed due to the Risk Reduction Act (RiG), whereupon the associations had given numerous questions to BaFin via the DK.

The core clarifications are set out in a **Questions and Answers-Paper**. The following topics, among others, are addressed:

- Clarification of the relevant relationships and scope of the relevant data. The term "shareholder" in § 15 para. 1 sentence 1 no. 2 KWG only includes natural persons. Personal data of parents and adult children of governing bodies of the institution pursuant to § 15 para. 1 sentence 1 no. 5 KWG shall be collected by questioning the governing bodies.

- Die Organkreditvorschriften sollen gemäß dem mit dem RiG neu eingefügten § 15 Abs. 6 auch für Geschäfte gelten, die keine Kredite im Sinne des § 21 Abs. 1 KWG sind. Darunter fallen laut BaFin alle Verträge gleich welcher Art.
- Anwendung der Bagatellgrenze und der Materialitätsschwelle.
- § 15 Abs. 1 Satz 2 KWG umfasst auch Fälle, in denen ein Organmitglied des Instituts zugleich auch Organmitglied eines Organkreditnehmers bzw. Geschäftspartners ist.
- Bei Geschäften nach § 15 Abs. 6 KWG mit dem Mutterunternehmen und mit Unternehmen, die vom Institut oder seinem Mutterunternehmen gesellschaftsrechtlich voll konsolidiert werden, brauchen die Regelungen des § 15 Abs. 6 KWG (anders als für Kredite nach § 15 Abs. 1 KWG) nur insoweit angewandt zu werden, als diese Geschäfte nur zu marktmäßigen Bedingungen geschlossen werden dürfen. Bei Unternehmen, die darüber hinaus dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören, kann von der Prüfung der Marktmäßigkeit abgesehen werden.
- According to the new § 15 para. 6 introduced by the RiG, the provisions on credits to governing bodies shall also apply to transactions that are not credits within the meaning of § 21 para. 1 KWG. According to BaFin, this includes all contracts of any kind.
- Application of the de minimis threshold and the materiality threshold.
- § 15 para. 1 sentence 2 KWG also covers cases in which a member of the institution's governing body is also a member of the governing body of a borrower or business partner of the institution.
- In the case of transactions pursuant to § 15 para. 6 KWG with a parent undertaking or undertakings that are fully consolidated by the institution or its parent, the requirements of § 15 para. 6 KWG (other than those for credit pursuant to § 15 para. 1 KWG) need to be applied only to the extent that these transactions have to be entered into at market conditions. In the case of undertakings that, in addition to this, also belong to the regulatory scope of consolidation, the market conformity test is waived.

Des Weiteren stellte die BaFin eine Orientierungshilfe zur **Prüfung der Marktmäßigkeit für Geschäfte des Instituts nach § 15 Abs. 6 KWG** zur Verfügung, ebenso wie das **Muster eines Vorratsbeschlusses für Personenorgangeschäfte nach § 15 Abs. 6 KWG**.

Die Aufsicht wird es nicht beanstanden, wenn diese Neuerungen erst zum Jahresende 2021 vollständig umgesetzt sind. Allerdings müssen bereits im Laufe des Jahres 2021 erkennbar Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Vorgaben in Gang gesetzt werden.

Die Prüfung für das Jahr 2020 kann auf Grundlage der Regelungen, die bis zum 28.12.2020 relevant waren, erfolgen.

Furthermore, BaFin made available **guidance on the assessment of market conditions for transactions of the institution pursuant to § 15 para. 6 KWG**, as well as a **model of an advance resolution for institutional transactions involving persons under § 15 para. 6 KWG**.

BaFin will not object if these changes are not fully implemented until the end of 2021. However, measures for the implementation of the new requirements must already be initiated in the course of 2021.

The audit for the year 2020 can be carried out on the basis of the requirements which were applicable until 28.12.2020.



Wolfgang Vahldiek

3.5 Sonstiges | Miscellaneous

Weitere regulatorische Entwicklungen | Further regulatory developments

Des Weiteren möchte der Verband auf die folgenden regulatorischen Entwicklungen hinweisen:

Furthermore, the Association would like to refer to the following regulatory developments:

- Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) hat am 18. August 2021 die **deutsche Fassung** ihrer Leitlinien zu den Verpflichtungen zu Marktdaten gemäß der zweiten Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) und der Finanzmarktverordnung (MiFIR) veröffentlicht. Die BaFin wendet diese Guidelines ab dem 01.01.2022 in ihrer Aufsichtspraxis an.
- Am 15. September 2021 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihre **finalen Leitlinien** veröffentlicht, in denen die Kriterien für die Bewertung von Ausnahmefällen, in denen Institute die Großkreditgrenzen überschreiten, sowie die Zeit und die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Konformität festgelegt sind.
- On August 18, 2021, the European Securities and Markets Authority (ESMA) published the **German version** of its Guidelines on Market Data Obligations under the Second Financial Markets Directive (MiFID II) and the Financial Markets Regulation (MiFIR). BaFin will apply these guidelines in its supervisory practice as of 01.01.2022.
- On 15 September 2021 the European Banking Authority (EBA) published its **final Guidelines** specifying the criteria to assess the exceptional cases when institutions exceed the large exposure limits and the time and measures to return to compliance.

3.6 Aktuelle Stellungnahmen | Position Papers

- **Stellungnahme** des Verbandes vom 6. September 2021 zur BaFin-Richtlinie für nachhaltige Investmentvermögen
- **Stellungnahme** des Verbandes vom 8. September 2021 zum BaFin-Entwurf einer geänderten FAQ zum Vertrieb und Erwerb von Investmentvermögen nach dem KAGB
- **Stellungnahme** des Verbandes vom 14. September 2021 im Rahmen der Konsultation 18/2021 (BaFin AuA)
- **Stellungnahme** des Verbandes vom 16. September 2021 an das BMF mit der Bitte um ein BMF-Schreiben für eine Übergangsregelung der gemäß § 50c Absatz 5 EStG zum 1. Januar 2023 zwingend vorgeschriebenen elektronischen Übermittlung von Erstattungsanträgen für Steuerausländer
- **Stellungnahme** des Verbandes vom 30. September 2021 an das Bundeszentralamt für Steuern zur Umsetzung des Mitteilungsverfahrens Kapitalertragsteuer auf Dividenden (MiKaDiv) - §§ 45b, 45c EStG
- **Stellungnahme** des Verbandes vom 1. Oktober 2021 zum Entwurf einer Verordnung über Kryptofondsanteile (KryptoFAV)
- **Position Paper** of the Association of 6 September 2021 on the BaFin guidelines for sustainable investment funds
- **Position Paper** of the Association of 8 September 2021 on the BaFin draft of an amended FAQ on the marketing and acquisition of investment funds under the KAGB
- **Position Paper** of the Association of 14 September 2021 regarding Consultation 18/2021 (BaFin AuA)
- **Position paper** of the Association of 16 September 2021 to the Federal Ministry of Finance with the request for a decree for a transitional regulation of the mandatory electronic transmission of refund applications for non-resident taxpayers as of 1 January 2023 pursuant to § 50c para. 5 Income Tax Act
- **Position paper** of the Association of 30 September 2021 to the Federal Central Tax Office on the implementation of the notification procedure for withholding tax on dividends (MiKaDiv) - §§ 45b, 45c Income Tax Act
- **Position paper** of the Association of 1 October 2021 on the draft ordinance on crypto fund units

4. VAB Interna | Association News

Neue Mitgliedschaften | New Members



Lloyds Bank Corporate Markets Wertpapierhandelsbank GmbH



Saman Bank Niederlassung Frankfurt



RoboMarkets Deutschland GmbH

Bekämpfung Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung | AML/CFT

Anmeldungen zur BaFin-Fachtagung möglich | Registrations open for BaFin event

Am 15. Dezember 2021 findet wieder eine digitale Fachtagung Bekämpfung Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung statt.

In den Vorträgen der BaFin werden aktuelle Themen der Geldwäscheaufsicht aufgreifen.

Das Programm kann auf dieser **Internetseite** eingesehen werden (unter "Veranstaltungsflyer").

Die Konferenz richtet sich vorrangig an von der BaFin beaufsichtigte Unternehmen (Geldwäschebeauftragte) sowie deren Branchenverbände.

Interessierte können sich ab sofort für die Veranstaltung **anmelden**.

On 15 December 2021, a digital event on AML/CFT will take place again.

The presentations by BaFin will address current topics in AML supervision.

The programme can be found on this **webpage** (see section "Veranstaltungsflyer").

The conference is primarily aimed at companies supervised by BaFin (anti-money laundering officers) and their industry associations.

Interested parties can **register** for the event now.



Andreas Kastl